

DEUTSCHER BUNDESTAG
Ausschuss für Menschenrechte
und Humanitäre Hilfe
- Die Vorsitzende -

11011 Berlin, 5. Mai 2004
Platz der Republik 1
Tel.: (030) 22 7-3 35 50
Fax: (030) 22 7-3 60 51

Bericht

über die Delegationsreise

**des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
des Deutschen Bundestages**

**zur 60. Menschenrechtskonferenz in Genf
vom 4. bis 6. April 2004**

Ausschuss für
Menschenrechte
42. Sitzung am: **30.06.2004**

Ausschuss für Menschenrechte
15(16)0129
Aussch.Drucks. 15. Wahlperiode

I. Programm der Delegationsreise des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Sonntag, 4. April 2004

19:30 Uhr Briefing der Delegation durch den Botschafter und seine Mitarbeiter sowie durch die Leiterin der deutschen Delegation, Frau Claudia Roth

Montag, 5. April 2004

9:00 Uhr Gespräch mit dem Präsidenten des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes, Herrn Dr. Jakob Kellenberger

10:30 Uhr Teilnahme am MRK-Geschehen im Palais des Nations
Gespräch mit der irischen EU-Präsidentschaft, Botschafterin Whelan
Gespräch mit dem Beauftragten des Generalsekretärs für Binnenflüchtlinge, Herrn Deng (Sudan)
Teilnahme an der Plenarsitzung und Redebeitrag der Delegationsleiterin Christa Nickels vor dem Plenum der MRK

13:00 Uhr Gespräch mit NGO-Vertretern zu aktuellen Fragen der laufenden MRK

15:00 Uhr Gespräch mit dem Lesben- und Schwulenverband (LSVD) im Delegationsbüro

15:30 Uhr Gespräch mit dem Vorsitzenden der MRK, Botschafter Mike Smith

16:00 Uhr Gespräch mit der MRK-Sonderberichterstatteerin zu „Violence against Women“, Frau Ertürk

17:15 Uhr Gespräch mit UNAIDS-Executive Directeur, Dr. Peter Piot zum Stand der HIV-Bekämpfung weltweit, insbesondere Afrika und Osteuropa

20:00 Uhr Abendessen mit Delegationsleitern und Botschaftern (Botschafterrunde) und Aussprache zur Struktur und Arbeitsweise der MRK

Dienstag, 6. April 2004

9:30 Uhr Gespräch mit dem amtierenden Hochkommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Bertrand Ramcharan, über aktuelle Fragen im Zusammenhang mit der laufenden MRK

10:00 Uhr Gespräch mit Vertretern deutschsprachiger Medien

10:50 Uhr Gespräch mit dem Leiter des UNHCR-Afrikabüros David Lambo zum Arbeitsschwerpunkt „Afrika“ des Ausschusses

- 13:00 Uhr Gespräch mit der amerikanischen Delegation zu Menschenrechtsfragen und zu aktuellen Themen der laufenden MRK
- 15:00 Uhr Gespräch mit dem Leiter der BHKMR-Programmsektion, Herrn Jan Cedergren, über die Tätigkeit des BHKMR in Afghanistan und Irak
- 16:15 Uhr Abschlussgespräch mit dem Botschafter in der Ständigen Vertretung

II. Zielsetzung und Schwerpunkte der Reise

In der Zeit vom 4. – 6. April 2004 hat eine vierköpfige Delegation des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe an der 60. Konferenz der VN-Menschenrechtskommission (MRK) in Genf teilgenommen. Schwerpunkte der Delegationsreise waren die Erörterung der auf der MRK eingebrachten Länder- und Themenresolutionen, die menschenrechtliche Lage in einzelnen Ländern, der Austausch über die humanitären Lagen in aktuellen Krisengebieten, vor allem in Afrika, das Thema „Gewalt gegen Frauen“ sowie aktuelle Fragen zur Reform der Arbeit der MRK.

Die Delegation setzte sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Christa Nickels, MdB (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Delegationsleiterin und Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe;

Rainer Funke, MdB (FDP), stellv. Delegationsleiter und stellv. Vorsitzender des Ausschusses;

Christoph Strässer, MdB (SPD);

Holger Haibach, MdB (CDU/CSU) sowie

Volker Düring (Ausschussesekretariat).

Die diesjährige MRK tagte vom 15. März bis zum 23. April 2004 in Genf.

II. Zusammenfassung und Ergebnisse der Delegationsreise

Im Mittelpunkt der diesjährigen Reise stand die Rede der Vorsitzenden des Ausschusses vor dem Plenum der MRK. Inhaltlich hat sich die Delegation der Frage der Wahrung der Menschenrechte beim Kampf gegen den Terrorismus gewidmet und sich dazu mit der US-Delegation ausgetauscht. Mit der Sonderberichterstatteerin „Gewalt gegen Frauen“ wurde das zweite wichtige Thema der MRK, Frauen- und Kinderhandel erörtert.

Angesichts einer immer stärker spürbaren Polarisierung und Regionalisierung der MRK hat sich die Delegation ausgiebig über den möglicherweise bestehenden Reformbedarf informiert und ist dazu mit dem Sitzungspräsidenten, der EU-Ratspräsidentschaft und dem amtierenden Hochkommissar für Menschenrechte zusammen getroffen.

Zur Vorbereitung der Delegationsreise des Ausschusses nach Uganda und in den Sudan wurde Kontakt zum Afrika-Büro des UNHCR und zum Internationalen Komitee des Roten Kreuzes hergestellt und die jeweilige Einschätzung der Situation erfragt und diskutiert.

IV. Reiseverlauf

Sonntag, 4. April 2004

1. Briefing durch die Leiterin der deutschen Delegation, Frau Claudia Roth, MdB, und den Botschafter bei der Ständigen Vertretung, Michael Steiner

Die Delegationsmitglieder informierten sich über den aktuellen Stand der Beratungen und den Stand der Verhandlungen über die zentralen Länder- und Themenresolutionen. Neben den Entwürfen der EU-Länderresolutionen zu Simbabwe, Nordkorea, Burma/Myanmar, den israelischen Siedlungsgebieten sowie Turkmenistan und Belarus galt das Interesse der Delegation den streitigen Resolutionen zu Tschetschenien, zur Demokratischen Republik Kongo, zum Sudan und zur China-Resolution der USA. Die Delegation nahm positiv zur Kenntnis, dass im Rahmen der Sonderdebatte zu Nahost in der Folge der Ermordung von Scheich Yassin sich die EU zu einer gemeinsamen Abstimmungshaltung durchbringen konnte und so ein geschlossenes Bild

abgab. Mit Enttäuschung nahm die Delegation zur Kenntnis, dass Brasilien seinen von der EU unterstützten Resolutionsentwurf gegen sexuelle Diskriminierung wegen massiven Widerstands zur nächsten MRK zurückstellen will. Das bereits bei der Reiseplanung vorgesehene Gespräch mit dem Schwulen- und Lesbenverband solle genutzt werden, um sich mit dem Verband über die weitere Strategie zur Behandlung dieses Themas auszutauschen. Dagegen zeigte sich die Delegation erfreut darüber, dass das ebenfalls bereits im Vorwege geplante Gespräch mit der UN-Sonderberichtserstatlerin „Gewalt gegen Frauen“, Dr. Yakin Ertürk wegen der großen Bedeutung dieses Themas auf der Konferenz ebenfalls an Bedeutung gewonnen hat. Ein erheblicher Teil des Briefings war der verschärften Debatte um das Für und Wieder von Länderresolutionen gewidmet. In diesem Zusammenhang stellte sich generell die Frage nach der Reform, der Struktur und der Instrumente der MRK.

Montag, 5. April 2004

2. Gespräch mit dem Präsidenten des IKRK, Dr. Jakob Kellenberger

Die Unterredung mit dem Präsidenten des IKRK war den Schwerpunkten Sudan/Uganda, Guantanamo sowie Irak gewidmet. Dabei erläuterte der Präsident das Selbstverständnis des Internationalen Roten Kreuzes beim Einsatz in internationalen Krisengebieten. Es sei eine klare Mandatierung erforderlich, es bestehe eine strikte Verpflichtung zur Neutralität und man benötige die langjährige Erfahrung der Mitarbeiter vor Ort. Der öffentliche Auftritt müsse stets vorsichtig und zurückhaltend ausfallen. Im Sudan bereite die Situation in der Region Darfur größte Sorge. Im Rahmen einer Reise nach Khartum habe es zwischen dem Staatspräsidenten und Kellenberger einen Dissens über die Bewertung der humanitären Situation und die Operationmöglichkeiten gegeben. Schließlich sei der Sudan jedoch dem IKRK entgegengekommen. Nun befänden sich zwei Basen im Aufbau. Für eine gezielte und erfolgreiche Hilfe sei die physische Präsenz erforderlich. Z. Zt. befänden sich neun Mitarbeiter vor Ort und leisteten Assistenz in der Trinkwasserversorgung und bei der medizinischen Hilfe. Kellenberger bestätigte auf Nachfrage die aufkommende Flüchtlingsproblematik vor allem durch die Flucht in den Tschad und bat die Delegation seinerseits um Unterstützung der humanitären Interessen bei der Delegationsreise des Ausschusses nach Afrika. Vor allem müsse die Präsenz verstärkt und die Arbeitsmöglichkeiten verbessert werden.

In Nord-Uganda sei die humanitäre Lage nach Einschätzung des IKRK noch schlimmer als in Darfur. Das IKRK sei dort allerdings nach der Ermordung von sechs Mitarbeitern im Jahre 2001 noch immer nicht präsent, da die Umstände der Tötung nach wie vor nicht untersucht bzw. aufgeklärt seien. Auf die Frage nach Genozidgefahren warnte Kellenberger vor Schlüssen aufgrund von schwer verifizierbaren Zahlen. Allerdings gebe es selbstverständlich ethnisch- und religiösbegründete Konflikte. Uganda sei dafür verantwortlich, den Schutz seiner Zivilbevölkerung zu gewährleisten.

Auf die Frage nach Anzeichen für einen „Stellvertreter-Krieg“ bestätigt der IKRK-Präsident die Interessenlage dritter Staaten. In diesem Zusammenhang verwies er auf den Bericht, den US-Präsident Bush bis zum 21. April vor dem Kongress abgegeben haben sollte.

Zu Guantanamo berichtet Kellenberger von einer Kette von Reisen vom Mai 2003 bis Januar 2004. Er weist auf die Uneinigkeit hin, die hinsichtlich einiger Rechtsfragen bestehen würde. Dies betreffe vor allem den Status der Gefangenen und die Haftbedingungen. Immerhin habe der internationale Druck für Fortschritte gesorgt. Es habe bei den Freilassungen eine Beschleunigung gegeben und der Zugang zu den Gefangenen sei verbessert. Auch bestehe bei hohen Vertretern der USA durchaus die Bereitschaft zum Gespräch. In der zentralen Frage des Status der Gefangenen verspreche das laufende Verfahren vor dem Supreme Court in absehbarer Zeit eine Klärung.

Zum Irak erläutert Kellenberger die befristete Schließung des IKRK-Büros. Im Norden es Irak sei das Komitee jedoch präsent und führe einige Operationen weiter. Allerdings sei kein ausländisches Personal permanent im Irak präsent. Schwerpunkte der Arbeit lägen beim Gefangenen austausch, bei der Kommunikation zwischen getrennten und bei der medizinischen Intervention bei großen Anschlägen. Die Hilfe vor Ort werde insgesamt sehr flexibel und wenig sichtbar organisiert. Die Sicherheitslage sei in den letzten Monaten nicht verbessert gewesen. Auf die Frage der Vorsitzenden, warum die Hilfeleistungen des Roten Halbmondes so wenig erkennbar seien, erläutert Kellenberger, dass auch dort ein religiöser Konflikt zwischen Schiiten und Sunniten bestehe, der die Organisation bis zu einem gewissen Grad lähme.

Zum Abschluss lässt sich die Delegation über die Aktivitäten des IKRK in den palästinensischen Gebieten unterrichten. Laut Kellenberger sind die Schwerpunkte der Tätigkeit bei den Gefangenenbesuchen für die 7 – 8.000 Gefangenen in Israel und 700 – 800 in Palästina, Überwachung des Völkerrechts sowie Familienbesuche. Das befristete Hilfsprogramm sei eingestellt. Hinsichtlich des Hebron-Hilfsprogramms seien vorsichtshalber die logistischen Kapazitäten vor Ort belassen worden. Weiterhin finanziere das IKRK wesentlich die Aktivitäten zur medizinischen Nothilfe.

3. Gespräch mit dem Leiter des ICAC-Sekretariats Francis Deng (Sudan)

Die Delegation informiert sich über die Arbeit des ICAC-Sekretariats. Francis Deng bedankt sich für die finanzielle Hilfe Deutschlands und erläutert zunächst die Rahmenbedingungen der Vorgehensweise des Sekretariates. Es gehe zunächst darum, in Zusammenarbeit mit den Regierungen einen Arbeitsrahmen zu schaffen. Die Souveränität der Staaten werde ausschließlich im Sinne von Hilfe und Assistenz berührt. Es werde versucht, die Eigenverantwortlichkeit zu vermitteln und den Respekt vor internationalen Leitprinzipien zu vergrößern. Auf Nachfrage der Delegation erläutert Deng, dass der Sudan sich in einer Identitätskrise befinde. Der Regierung fehle die Solidarität zur Bevölkerung. Ironischerweise sei der Dafur-Konflikt während des Friedensprozesses entstanden. Die Araber und die Christen dort bildeten extreme Pole und die unsichere Identität erzeuge Extreme. Auch vor diesem Hintergrund sei die Frage eines vereinigten bzw. getrennten Sudan zusehen. In Uganda sei insbesondere die Lage im Norden des Landes desaströs. Uganda habe nach dem Machwechsel ein gutes Image erhalten, vielmehr sei allerdings nicht passiert. Die Existenz der sogenannten „night commuters“ zeuge von der katastrophalen instabilen Situation und der fehlenden Präsenz internationaler Organisationen.

4. Gespräch mit der irischen EU-Präsidentschaft, Botschafterin Mary Whelan

Die Delegation informiert sich über die EU-seitige Einschätzung des Sitzungsverlaufs. Botschafterin Whelan spricht von einem im Wesentlichen ruhigen Sitzungsverlauf mit mehr gemeinsamen als konfliktären Themen. Bei den breit angelegten Themen sei selbstverständlich die Frage der Todesstrafe spaltend. In der Frage der Kinderrechte habe ein kürzerer Text für eine Beruhigung der Debatte gesorgt. Hinsicht-

lich der Beurteilung der religiösen Intoleranz seien noch Definitionsfragen zu lösen. Die Einzelresolutionen (Item-9) würden nicht nur schwierige Einzelfragen bergen, sondern würden auch Tagesordnungs- und Geschäftsordnungsfragen aufwerfen, die teils durch schwer aufzulösende Nichtbefassungs-Bündnisse blockiert würden. Auf Nachfragen aus der Delegation bestätigt Botschafterin Whelan die Gefahr, dass die Einzelresolutionen zukünftig wegen potentieller Mehrheiten auf der „anderen Seite“ nur noch schwer durchzusetzen seien. Sie begründet im Folgenden die Haltung der EU zu den Resolutionen gegen den Iran und zur Todesstrafe. Die Strategie der EU sei es, die Mitglieder zu unterstützen, die Einzelresolutionen versuchen wollten. Allerdings müssten sie intelligenter und verständlicher sein, als die gegen die baltischen Staaten gerichtete Vorlage Russlands, die lediglich eine Antwort auf die geplante Tschetschenien-Resolution sei. Den von der Delegation geäußerten Vorbehalt, wonach möglicherweise zukünftig nur noch Einzelresolutionen gegen Länder erfolgen könnten, die klein genug seien, weist die Botschafterin zurück. Das gegenläufige Beispiel sei die Resolution gegen Simbabwe, die trotz des gesamten afrikanischen Widerstandes Aussicht auf Erfolg habe. Die EU-Beitrittsstaaten integrierten sich bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt ohne erkennbare Schwierigkeiten. Auch dies sei ein Grund dafür, dass der Einfluss der Europäischen Union wachse, das Vertrauen in die Aktivitäten der EU größer werde und als Folge die vermittelnde Rolle der EU immer stärker in Anspruch genommen würde.

5. Rede der Vorsitzenden des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, Frau Christa Nickels, vor der 60. Menschenrechtskonferenz der Vereinten Nationen

Siehe Redetext in der **Anlage 1**.

6. Gespräch mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen

Die Vorsitzende gibt den NGO-Vertretern zur Einleitung eine Übersicht über das Reiseprogramm und die Absicht der Delegation.

Dr. Rathgeber, Forum Menschenrechte, dankt für die Möglichkeit des Meinungsaustausches und betont die Wichtigkeit der Präsenz von Parlamentariern bei der MRK.

Das nachfolgende Gespräch beleuchtet einige Schwerpunkte der diesjährigen MRK. Der Bericht des Sonderberichterstatters von Bouven zur Folter sei wegen der darin

enthaltenen Vorwürfe gegen Spanien von der spanischen Delegation mit Kritik bedacht worden, die sich auch persönlich gegen den Sonderberichtersteller gerichtet hätte. Zum Kongo plädieren die NGOs dafür, keine einvernehmliche Resolution, sondern eine streitige Länderresolution vorzulegen. Auch die kongolesischen NGOs setzten sich dafür ein. Die Interimsregierung setze Resolutionen nicht um und es fänden Übergriffe statt.

Zur Reform der Arbeitsweise und der Instrumente der MRK sprechen sich die NGOs dafür aus, die lähmende Blockbildung zu reduzieren. Dies könne durch umfangreiche Vorfeldprozesse geschehen und dadurch, dass man gezielt auf die Teilnehmerstaaten einwirke, die für die Blockbildung sorgten. Hier seien insbesondere Südafrika und Indien zu nennen. Weiterhin plädierten die Nichtregierungsorganisationen für eine stärkere Offenheit der Menschenrechtskommission. Menschenrechts-Arbeit sei kontinuierlich und ein informeller Rahmen der MRK könne dazu beitragen, die gewachsenen Konfrontationen zu reduzieren. Weiterhin gehe es auch darum, die eigentlichen Gründe für die Konflikte und Probleme zu identifizieren und die Arbeitsmöglichkeiten der Sonderberichtersteller zu verbessern.

Dr. Rathgeber schlägt vor, zur nächsten MRK eine gemeinsame vorbereitende Sitzung abzuhalten. Die Friedrich-Ebert-Stiftung erklärt ihre Bereitschaft zur Mitwirkung. Die Vorsitzende begrüßt den Vorschlag und sagt eine Prüfung zu.

7. Gespräch mit dem Lesben- und Schwulenverband (LSVD) im Delegationsbüro

Die Vorsitzende äußert für die Delegation das Bedauern, dass die brasilianische Vorlage gegen Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung aufgrund des starken Druckes vor allem aus den islamischen Staaten nicht vorgelegt werde. Sie sagt auch für die Zukunft die Unterstützung der Initiative zu.

Seitens des ILGA, des internationalen Verbands, wird Deutschland für die Unterstützung gedankt. Der Verband habe inzwischen 400 Vollmitglieder plus weiterer assoziierter Mitglieder. Die Initiative Brasiliens und die Debatte darum sowie die Präsenz der Delegation in Genf habe den Verband gestärkt.

Im Folgenden wird ein Bericht zur Situation in Südafrika abgegeben. Hier sei der Prozess der sukzessiven Abschaffung der Diskriminierung nach der progressiven Verfassung von 1996 zwar in Gang, aber nach wie vor nicht abgeschlossen. Geschlechtsumwandlungen seien erst seit wenigen Wochen erlaubt, die Heirat homo-

sexueller Paare stehe nach wie vor auf der Tagesordnung, Sex sei für heterosexuell ausgerichtete Menschen ab 16 für Homosexuelle allerdings erst ab 19 erlaubt. Aus südafrikanischen Gefängnissen seien viele Fälle von Misshandlungen und Vergewaltigungen bekannt, die Personen vor oder nach einer operativen Geschlechtsumwandlung betreffen.

Zwischen dem Verband und der Delegation herrschte Einigkeit darüber, dass das Thema der zurückgezogenen brasilianischen Resolution zur nächsten MRK auf der Tagesordnung bleibt.

8. Gespräch mit dem Vorsitzenden der MRK, Botschafter Mike Smith (Australien)

Botschafter Smith bezeichnet den Verlauf der MRK als ruhiger und sanfter als erhofft. Im vergangenen Jahr habe der Irak-Krieg den Verlauf der Sitzung erheblich beeinflusst. Im laufenden Jahr habe es zwar durch die Ermordung des Scheichs Yassin ebenfalls besondere Aktivitäten gegeben. Diese wären jedoch in keinen langen und hässlichen Prozess eingemündet. Vielmehr werde der Zeitplan eingehalten.

Auf Nachfrage spricht sich Botschafter Smith dafür aus, den Wert der Länderresolution zu überdenken. Möglicherweise sei die Kommission nicht der richtige Platz für derartige Resolutionen. Die Fesselung der Delegationen versperre die Sicht auf wichtige Themen. Man solle sich möglicherweise auf besonders drastische Fälle beschränken. Aufgrund der Blockbildung bestünde ansonsten die Gefahr, dass Resolutionen nur noch gegen schwache Teilnehmer durchsetzbar seien. Die Wirkung sei zudem zweifelhaft.

Es käme nicht darauf an, ob eine Resolution als gemeinsame oder als kontroverse Vorlage beraten würde. Vielmehr dürfe die Wirkung auf die Länder nicht fehlen und es dürften nicht nur die Defensivpositionen enthalten sein.

Es sei ebenfalls so, dass die Wirkung der Presse nur ein Teil der öffentlichen Wirkung sei. Es käme vielmehr auf dauerhafte Konversation und Kommunikation an. Menschenrechtsarbeit sei langsame und kontinuierliche Arbeit. Die Unsicherheit über die Zukunft der MRK bedeute angesichts ihrer 53 Mitglieder, dass man langsam und kontinuierlich den Wandel betreiben müsse. Weiterhin müsse man mit den Nichtregierungsorganisationen in Berührung bleiben.

9. Gespräch mit Frau Dr. Ertürk, der MRK-Sonderberichterstatterin zu „Violence against Women“

Frau Dr. Ertürk äußert, dass die Thematik der auch auf der MRK vorherrschenden Terrorismus- und Sicherheitsfrage untergeordnet sei. Allerdings werde an einer Resolution zum Frauenhandel gearbeitet. Diese werde immer breiter gefasst, um die notwendigen Mehrheiten zu erzielen. Ihr Arbeitsschwerpunkt sei es, Maßstäbe zu setzen, die auch umgesetzt würden. Dazu gehörten auch Implementationsstrategien. Mit der Delegation herrschte Einigkeit darüber, dass Gewalt gegen Frauen auch in Europa ein Thema sei. Dies betreffe nicht nur Emigrantengesellschaften und häusliche Gewalt, sondern auch Frauenhandel, Prostitution und Kinderhandel. Die Vorsitzende betont, dass Frauenhandel in Europa ein großer Wirtschaftsfaktor mit einem Volumen von mehr als 13 Mia. \$ allein in Europa sei. Frau Dr. Ertürk stimmt zu, dass es sich um ein globales und politisches Problem handle. Europa habe die Chancen, Standards zu setzen.

In der Fragestellung eines zusätzlichen Berichterstatters (zu Frauen- und Kinderhandel) zeigte sich Frau Dr. Ertürk skeptisch. Dies liege an der Finanzierung der „Special Rapporteurs“: Das gemeinsame Budget für alle Berichterstatter bleibe gleich, auch wenn mehr Berichterstatter eingesetzt würden. Es sei ohnehin eine der wesentlichen Aufgaben, die begrenzten Mittel effizient zu nutzen.

10. Gespräch mit dem Executive Directeur der UNAIDS, Dr. Peter Piot

Dr. Piot führt aus, dass die Aidsepidemie das nächste Gesicht bekomme und verstärkt in Asien, Osteuropa und in der Karibik auftrete. Hinzukämen die sozialen und ökonomischen Auswirkungen vor allem in Afrika. Aids sei inzwischen ein globales Thema, wenn es auch Defizite in Asien und Osteuropa gebe. Es gelte, die demographischen Auswirkungen und die ökonomischen Folgen zu beachten. Vor allem in Afrika trage die Prävention erste zaghafte Früchte. In Uganda seien zum ersten Mal weniger Infektionen aufgetreten als im Jahr davor. Für UNAIDS sei es sehr wichtig, die Verwendung und die effiziente Verwendung der Mittel zu verfolgen und zu kontrollieren.

Auf Nachfragen aus der Delegation erläutert Dr. Piot, dass seine Organisation die Koordination und den Rahmen einer nationalen Strategie und die Entwicklung von Wegen hin zu lokalen Regierungen versuche zu unterstützen. Ein weiterer wichtiger

Arbeitsschwerpunkt sei die Prävention. Allein in der EU habe es im Jahre 2003 40.000 neue Infektionen gegeben. Weiterhin fehle in vielen Ländern das medizinische Personal. Deutschland habe gute Arbeit zu Aids geleistet. Man könne es offen ansprechen, allerdings müsse die Thematik nun wieder mehr in die öffentliche Debatte zurückgebracht werden. Dazu existierten gute Modelle. Für die Behandlung von Infizierten seien 300 – 350 \$ pro Person und Jahr erforderlich. Die Todesrate steige und liege bei 60 – 70 %. Auch die Infektionsrate in Westeuropa steige, Deutschland bilde noch eine Ausnahme. Auf der Ebene der UN plädiere er dafür, dass Aids zur politischen Diskussion gehören müsse. Das Zuständigkeitsgefühl beschränke sich eher auf Afrika und Osteuropa. Hier sei es Aufgabe der Parlamentarier, das Thema zu befördern. Auf Hinweise aus der Delegation stimmt Dr. Piot zu, wonach die Implementation von Programmen sehr schwierig sei, es allerdings durchaus, wie das Beispiel Russland zeige, positive Entwicklungen gebe. Allerdings gebe es ebenso nach wie vor Vorbehalte und Schwierigkeiten bei der Behandlung der Thematik. Afrika sei heterogen, es gebe starke Implementationsschwierigkeiten. Vielerorts sei Homosexualität nach wie vor ungesetzlich. Hier sei besonders eine Veranstaltung des Global-Business-College zu erwähnen, das sich mit der Thematik befasse und Strategien und Partnerschaften zur Bekämpfung von Aids entwickeln wolle.

11. Abendessen auf Einladung des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland, Botschafter Michael Steiner, Residenz des Botschafters

Das Tischgespräch war der Thematik „Zukunft der Länderresolutionen“ gewidmet. Die anwesenden Botschafter und Delegationsmitglieder tauschten sich über das Für und Wider von Länderresolutionen aus. Einerseits wurde betont, dass die umstrittenen Länderresolutionen zur Blockbildung und Lähmung der MRK führten. Andererseits wurde aufgeführt, dass am Beispiel ehemaliger südamerikanischer Gewaltherrschaften belegbar sei, dass auch streitige Länderresolutionen mittel- und langfristige Wirkung zeigten.

Dienstag, 6. April 2004

12. Gespräch mit dem amtierenden Hochkommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Bertrand Ramcharan

Der Hochkommissar zieht ein positives Drei-Wochen-Resümee. Es sei dem guten Vorsitz zu danken, dass viele positive Resolutionen vor dem Abschluss stünden und sich keine Beschädigung wegen streitiger Resolutionen abzeichneten.

Auf Nachfrage aus der Delegation führt Ramcharan aus, dass die Prozesse auf der MRK immer politischer würden. Dies betreffe auch die Abwehrhaltung angeklagter Länder im Falle von Länderresolutionen. Es seien immer mehr Botschafter präsent und der Druck durch die Hauptstädte wachse. Aufgrund der aktuellen Debatte zu den Länderresolutionen ergäben sich möglicherweise andere Formen der Handlung und eine andere Funktion der Menschenrechtskommission. Hierzu könnte möglicherweise eine Arbeitsgruppe aus einem Vertreter je Staate gegründet werden. Die Friedrich-Naumann-Stiftung habe so etwas in Brüssel mit asiatischen Staaten erfolgreich ausprobiert.

13. Gespräch mit Vertretern deutschsprachiger Medien

Bei dem Gespräch nehmen Vertreter der Frankfurter Rundschau, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der Neuen Züricher Zeitung und des Handelsblattes teil.

14. Gespräch mit UNHCR, Direktor des Afrikabüros, David Lambo

Nach der Begrüßung gibt David Lambo einen Überblick über die Flüchtlingssituation in Afrika. Dabei sei es besonders erfolgreich gewesen, die freiwilligen Rückführungsprogramme durchzuführen, die Ergebnisse von Friedensgesprächen gewesen seien. Insgesamt seien 2 Mio. Menschen in fünf Jahren zurückgeführt worden. Zur Stabilisierung der Situation sei deutsche Hilfe dringend erforderlich. Ein Engagement ähnlich wie in Afghanistan böte sich an. Das Hauptflüchtlingsproblem ergebe sich z. Zt. im Sudan, wo die Regierung uneinig und eine Lösung dringend erforderlich sei, weil die Miliz „verbrannte Erde“ verursachen würde. In Afrika angelegte Hilfsgelder seien sehr kosteneffizient. Global betrachtet fehle die Balance der Verteilung der Hilfsmittel.

Das UNHCR sei gerne bereit, bei der bevorstehenden Delegationsreise bei der Ausgestaltung und Bewertung des Reiseprogramms zu helfen.

Zwischen Delegation und Afrikabüro des UNHCR wird im Anschluss die Möglichkeit erörtert, ein eintägiges Afrika-Seminar in Berlin durchzuführen.

15. Gespräch mit amerikanischer Delegation

Seitens der Vertreter der amerikanischen Delegation wird die laufende MRK als bislang erfolgreich bewertet. Die Vorstöße gegen die Abschaffung der Länderresolutionen seien in der ersten Woche zurückgewiesen worden. Die Einzelresolution zu Tschetschenien sei inzwischen kürzer gefasst und deshalb zustimmungsfähiger und einige Nichtbefassungsanträge ständen vor der Abwehr.

Gegenüber der Werbung der deutschen Seite für die Resolution zum Recht auf Wohnen und für die Einsetzung eines Sonderberichterstatters über Frauenhandel äußern sich die Amerikaner vorsichtig. Die Vorlage Brasiliens gegen Diskriminierung wegen sexueller Orientierung sei seitens der Amerikaner nicht unterstützt worden, da diese nach deren Auffassung zu diffus in der Zielsetzung sei. Bei der anschließend von deutscher Seite angesprochenen Frage zum Status und zur Behandlung der Gefangenen auf Guantanamo bestehen erhebliche Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf Status- und völkerrechtliche Fragen zwischen der amerikanischen und der deutschen Delegation. Allerdings sprach sich die amerikanische Seite dafür aus, die Frage der Wahrung der Menschenrechte im Kampf gegen den Terrorismus im Rahmen der von Mexiko einzubringenden gemeinschaftlichen Resolution mitzubearbeiten.

16. Gespräch mit BHKMR, Herrn Jan Cedergren

Einleitend stellt Herr Cedergren die Aktivitäten seiner Organisation vor. Sie habe 80 Mitarbeiter in Genf, 300 auswärtige Mitarbeiter, sechs Büros in der Welt und 200 Personen in jeweiligen Friedensmissionen vor Ort. Das Budget betrage 70 Mio. \$ pro Jahr. Das Engagement im Irak werde im Wesentlichen von auswärts gesteuert. Hier werde im Wesentlichen Regierungs-Assistenz in den Fragen der Menschenrechte geleistet. Juristen und Richter würden trainiert, das Recht werde in die jeweiligen Landessprachen übersetzt. Deutschland sei wegen seiner Unterstützung Afghanis-

tans zu loben. In Afghanistan bedürfe es allerdings weiterer Anstrengungen der Friedensmissionen der UN und der Unterstützung der Menschenrechtskommission bei der Implementierung der Menschenrechte. Wichtig sei es, die Basis für freie Wahlen zu schaffen, die Menschenrechtsbildung voranzutreiben und die Rechte der Frauen zu stärken.

Bei einem Exkurs zum Sudan vertritt Herr Cedergren die Auffassung, dass es im Sudan keinen Frieden ohne eine Lösung des Darfur-Konfliktes geben würde. Der angekündigte Besuch der deutschen Delegation dort sei wichtig, damit der Eindruck des „Beobachtetseins“ bestehen bleibe.



Christa Nickels

Delegationsleiterin